



Inklusiv. Sozial. Gerecht.

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.
Behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser,

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich wirklich für die zu uns geflüchteten Menschen einsetzt. Das ist zumindest das Fazit dieser Sitzungswoche: Nur die LINKSFRAKTION hat geschlossen gegen die schlimmsten Asylrechtsverschärfungen seit 20 Jahren gestimmt. Obwohl sie die bestehenden Unterbringungsprobleme damit verschärft hat auch die rot-grüne Landesregierung dem inhumanen Gesetz im Bundesrat zugestimmt.

Nicht nur die Asylrechtsverschärfung, auch die heutige Zustimmung der großen Koalition zur Vorratsdatenspeicherung im Bundestag ist ein Rückschritt für unser Land. Es bleibt also dabei, wer eine humanere und sozialere Gesellschaft möchte, der muss DIE LINKE wählen.

Doch diese Woche ist noch mehr passiert: Die LINKSFRAKTION hat neue Vorsitzende, in Büchel übt die NATO den Abwurf von Atombomben und das Land versagt bei der winterfesten Unterbringung von Refugees. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen!

Asylrechtsverschärfung: Landesregierung schafft sich selbst Probleme



Heute stimmte die rheinland-pfälzische Landesregierung im Bundesrat für das sogenannte „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“. Gestern noch warnte Katrin Werner die rot-grüne Landesregierung vor diesem Schritt. „Leider trägt der neue Gesetzesentwurf rein gar nichts zur schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen oder zur Verbesserung der Situation von Geflüchteten bei. Im Gegenteil. Die rot-grüne Landesregierung muss ihre Zustimmung verweigern, wenn sie nicht die bestehenden Probleme weiter verschärfen will“, so die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete. [Weiterlesen](#)



Keine NATO-Flugmanöver in der Eifel

Nachdem der Fliegerhorst Büchel, Lagerplatz der letzten amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden, bereits Ende September Thema im Bundestag war, findet dort nun eine militärische Flugübung statt, an der mehrere NATO-Staaten teilnehmen.

„Dieses Manöver ist nichts weiter als eine Machtdemonstration in Richtung Osteuropa und eine zusätzliche Bekräftigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands. In guter alter NATO-Manier werden dabei die Belange der Zivilbevölkerung ausgeblendet. Damit muss Schluss sein! Hiermit spreche ich mich entschieden gegen dieses Manöver aus und fordere den sofortigen Abzug aller Atomwaffen aus Büchel“, so die Trierer Bundestagsabgeordnete Katrin Werner. [Weiterlesen](#)



Winterfeste Flüchtlingsunterkünfte schaffen!

Die Tage werden kürzer, das Laub an den Bäumen färbt sich langsam und es wird merklich kühler - der Herbst steht vor der Tür. Doch noch immer gibt es nicht genügend winterfeste Unterkünfte für alle Asylbegehrenden in Rheinland Pfalz. So gelten erst gut rund die Hälfte der Einrichtungen als winterfest und das, obwohl die Wetterdienste bereits für nächste Woche den ersten Frost melden.

[Weiterlesen](#)



Mietpreisbremse - Mogelpackung oder Marktwunder?

Endlich ist es so weit: Auch in Rheinland-Pfalz ist die Mietpreisbremse offiziell in Kraft getreten. Dadurch soll in den Städten Trier, Landau und Mainz die angespannte Wohnungsmarktsituation entzerrt werden. Doch kann die Mietpreisbremse tatsächlich halten, was sie verspricht?

Die Antwort der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner auf diese Frage fällt knapp und klar aus: „In dieser Form ist die Mietpreisbremse nichts als schöne Fassade, da eine wahre Deckelung der Mietpreise faktisch nicht stattfindet.“

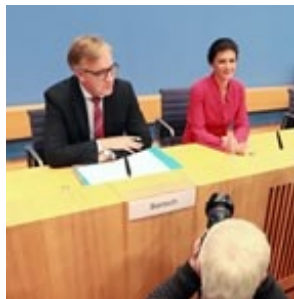
[Weiterlesen](#)

Bundestag stimmt über Vorratsdatenspeicherung ab: "Wir speichern das!"



Das Mantra der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingspolitik müsste in Bezug auf die Vorratsdatenspeicherung lauten: "Wir speichern das." Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, kritisiert das heute vom Bundestag im Eilverfahren verabschiedete Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung.

„Die verdachtsunabhängige Datensammelwut der Großen Koalition ist dreist und beweist ein erstaunlich flexibles Demokratieverständnis. SPD und Union missachten die freiheitlich demokratische Grundordnung, schränken die Grundrechte ein, verletzen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, strafen Whistleblower ab und stellen jede Bürgerin und jeden Bürger unter Generalverdacht. Der Gesetzentwurf ist rechtspolitisch eine Katastrophe und rechtsstaatlich inakzeptabel.“ meint der Vorsitzende der Partei DIE LINKE. [Weiterlesen](#)



Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch: »Wir haben das Ziel, die Fraktion voranzubringen«

Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht lösen Gregor Gysi, der nicht erneut antrat, als Fraktionsvorsitzende ab. Sahra Wagenknecht erhielt bei der Wahl am 13. Oktober 47 Ja-Stimmen (78,3 Prozent) bei zehn Gegenstimmen und drei Enthaltungen. Auf Dietmar Bartsch entfielen 55 Stimmen (91,6 %) bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung. Alle 60 abgegebenen Stimmen waren gültig. Am 3. November wählt die Fraktion die übrigen Mitglieder ihres Vorstandes neu. "Wenn DIE LINKE keinen Diskussionsbedarf mehr hat, dann diskutiert sie nicht mehr, dann wird sie langweilig, und da haben wir beide gar kein Interesse daran", betont Sahra Wagenknecht unmittelbar nach der Wahl in der Bundespressekonferenz. [Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch in der Bundespressekonferenz \(Video\)](#)



Asylrechtsverschärfung im Hauruck-Verfahren

"Die Bundesregierung untergräbt mit ihrem Vorgehen im Gesetzgebungsprozess massiv die Rechte des Parlaments. Nicht genug, dass der von einer weitgehenden Entrechtung von Asylsuchenden geprägte Gesetzentwurf im Schnellverfahren durch das Parlament gejagt wird - es werden den Abgeordneten auch maßgebliche Quellen und Unterlagen vorenthalten, die zur Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf dringend erforderlich sind", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf das Asylpaket, welches diese Woche im Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden soll. [Weiterlesen](#)

Stop TTIP & CETA Demo - auch in TRIER



Während in Berlin ein Viertel Million Menschen auf der Straße demonstrierten, zogen am 10. Oktober auch in Trier viele Demonstrierende gegen die "Freihandelsabkommen" TTIP und CETA durch die Trierer Innenstadt. 250 Menschen fanden sich zur Demo ein, davon zahlreiche LINKE und Solids.



Kleidung sammeln für Geflüchtete im Büro der LINKEN und Katrin Werner

Seit nunmehr mehreren Wochen sammelt das Büro von Katrin Werner Kleidung für Geflüchtete. Zentral gelegen, gleich gegenüber von der Porta Nigra, kann mensch wochentags von 08.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Kleidung abgeben. Außerhalb der Öffnungszeiten, kann auf Anfrage an 0651-1459225 oder 0152-02111220 ein separater Termin festgelegt werden.

Schon drei Mal trafen sich engagierte aus der LINKEN und Umfeld zum Sortieren der Kleidung. Denn nicht alles was ankommt wird auch tatsächlich gebraucht.

Mehr Informationen

Neues von der Linksfraktion

Treffen mit der Lebenshilfe Zeitung



Am Mittwoch traf sich Katrin Werner zum Gespräch mit der Lebenshilfe-Zeitung in der Reihe „Berliner Gespräche“. Im Interview mit Peer Brocke und Peter Pankow (Foto) vom Theater Thikwa erzählte die behindertenpolitische Sprecherin über Inklusionspolitik, den Umgang mit Geflüchteten und auch ein wenig Privates. Das Interview gibt es bald in der Lebenshilfe-Zeitung zum nachlesen.



Inklusive Bildung zum Nulltarif?

„Die Qualifizierung von Lehrkräften für einen inklusiven Unterricht soll besser werden. Das ist ein lobenswertes Ziel, das die Landesregierung verfolgt. Gleichzeitig sollen jedoch keine Mehrkosten entstehen. Eine bessere Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern für einen inklusiven Unterricht und eine inklusive Gestaltung des Bildungssystems gibt es aber nicht zum Nulltarif“, so Katrin Werner, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, mit Blick auf den Gesetzesentwurf zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, der heute Thema einer öffentlichen Anhörung des Bildungsausschusses im Mainzer Landtag ist.

„Bei dieser Gesetzesvorlage handelt es sich um eine erneute versteckte Erhöhung der Arbeitszeit von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz. Es entsteht der Eindruck dies solle klammheimlich unter dem Deckmantel der Inklusion geschehen. Denn die Fort- und Weiterbildung sind verbindlich und sollen in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden. Das erhöht die Arbeitsbelastung und demotiviert so die Lehrerinnen und Lehrer. Das ist der falsche Weg. Inklusiver Unterricht erfordert eine Entlastung der Lehrkräfte bei gleichzeitiger besserer Aus-, Weiter- und Fortbildung.

Für ein inklusives Bildungssystem brauchen wir einen Ausbau der Angebote der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften. Wir brauchen barrierefreie Schulen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal. Das ist angesichts der Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten Bertelsmann-Studie zur Inklusion in der Bildung dringend notwendig. Hier lag Rheinland-Pfalz nur auf dem zwölften Platz.“

change.org

Petition: Recht auf Sparen und für ein gutes #Teilhabegesetz

Gleiche gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht. Für eine einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz! [Hier unterschreiben](#)

Neue Publikationen

SOLIDARITÄT STATT RASSISMUS

„DIE LINKE ist ein starkes Bündnis, das die Schwachen gegen die Mächtigen“
Heldengängen, Hass und Morddrohungen • Das gesellschaftliche Klima wird durch die wieder zunehmenden Pegida-Mehrheiten und durch die AfD immer weiter vergiftet. Täglich kommt es zu Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützer. Knapp 200 solcher Angriffe hat es seit Jahresbeginn gegeben und nur dem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass es dabei noch keine Tote gegeben hat. Pegida legitimiert diese Gewalt, indem Hass und Vorurteile Woche für Woche auf die Straße getragen werden.
Pegida und AfD geben vor, sich gegen die Herrschenden und Mächtigen im Land zu wenden. Das Gegenteil ist richtig. Die Schwachen sind Ziel des Hasses von Pegida. Flüchtlinge sollen gegen Arbeitslose, Rentner und andere schwache Gruppen ausgewechselt werden. Nicht die Frage nach der gerechten Verteilung des vorhandenen Reichtums in diesem Land wird von Pegida und AfD gestellt, sondern in rassistischer Art und Weise werden die Flüchtlinge für real vorhandene Probleme verantwortlich gemacht.
Es gibt Probleme mit bezahlbarem Wohnraum, mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, mit Altersarmut, mit unzureichenden Schulen und vielem mehr. Aber alle diese Probleme gibt es auch ohne die Flüchtlinge und haben ihre Ursache in der verfehlten und unsozialen Politik der Regierung. DIE LINKE steht für eine deutsch-höhere Besteuerung der Superreichen, für dessen Umverteilung und die Probleme sozial. Rassismus dagegen ist keine Lösung, sondern ein zentrales Problem.

Solidarität statt Rassismus - Flugblatt

Das gesellschaftliche Klima wird durch Pegida-Aufmärsche und die AfD immer weiter vergiftet. Die Probleme in unserem Land gab es auch ohne die Flüchtlinge und haben ihre Ursache in der verfehlten und unsozialen Politik der Regierung. Mit Umverteilung sind die Probleme lösbar. Rassismus dagegen ist keine Lösung, sondern ein zentrales Problem. [Hier lesen](#)



Diskussion des Landtagswahlprogramms der LINKEN Rheinland-Pfalz

Die Mitglieder des Kreisverbandes Trier-Saarburg diskutieren den Entwurf des Landtagswahlprogramms.

SONNTAG 18. OKTOBER 2015 - 15:00 UHR - PAULINSTR. 1-3 TRIER - [Mehr Informationen hier](#)

Wahl Direktkandidierende Wahlkreis Trier-Schweich

Aufstellung der Wahlkreisbewerberin bzw. des Wahlkreisbewerbers für die Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag 2016 für den Wahlkreis 24 (Trier/Schweich)

MITTWOCH 21. OKTOBER 2015 - 18:30 UHR - PAULINSTR. 1-3 TRIER - [Mehr Informationen hier](#)

Wahl Direktkandidierende Wahlkreis Trier

Aufstellung der Wahlkreisbewerberin bzw. des Wahlkreisbewerbers für die Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag 2016 für den Wahlkreis 25 (Trier)

MITTWOCH 21. OKTOBER 2015 - 19:00 UHR - PAULINSTR. 1-3 TRIER - [Mehr Informationen hier](#)

Critical Mass gegen Atomwaffen in Büchel - "Keine neuen Atomwaffen in Deutschland!"

FREITAG 23. OKTOBER 2015 - 06:00 UHR - VERKEHRSKREISEL VOR DEM FLIEGERHORST BÜCHEL - [Mehr Informationen hier](#)

Wahl Direktkandidierende Wahlkreis Konz-Saarburg

Aufstellung der Wahlkreisbewerberin bzw. des Wahlkreisbewerbers für die Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag 2016 für den Wahlkreis 26 (Konz/Saarburg)

FREITAG 23. OKTOBER 2015 – 18:15 UHR – IM RESTAURANT FÄHRHAUS, STADEN 41, 54439 SAARBURG –

DIE LINKE. Ortsverband Saarburg gründet sich

FREITAG 23. OKTOBER 2015 – 19:00 UHR – IN STADEN 92, 54439 SAARBURG – [Mehr Informationen hier](#)

Kontakt

Bundestagsbüro in Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030)-227-74337

Telefax: (030)-227-76337

E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Trier

Paulinstr. 1-3

54292 Trier

Telefon: (0651)-1459225

Telefax: (0651)-1459227

E-Mail: katrin.werner.wk@bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

DIE LINKE.
Kreisverband Trier-Saarburg

DIE LINKE.
Linksfraktion im Trierer Stadtrat

[Anmelden](#) / [Abmelden](#)